



Ein offenes Wort zum Neujahrsempfang der Bundeswehr

Am Donnerstag, 2. Februar 2017, lädt die Bundeswehr zu ihrem Neujahrsempfang im Bremer Rathaus ein.

Die Bundeswehr ist weltweit im Einsatz. Auch in Afghanistan, im Kosovo, im Sudan, im Irak, in Syrien und in Mali. Überall da, wo das Militär zu „Hilfe“ eilte, ist die Lage der Menschen katastrophal. So viele verzweifelte, gedemütigte, gewaltbereite, entwurzelte, verarmte, hungernde Menschen wie heute hat es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben – hervorgerufen durch den Einsatz militärischer Gewalt. Diese militärische Gewalt ist in den letzten Jahren wieder verstärkt politisches Mittel der Bundesregierung geworden und wird perspektivisch noch öfter eingesetzt werden, wenn man die gestiegenen Rüstungsausgaben betrachtet.

Die Soldaten sind die Ausführenden dieser Politik, die auch für sie immer gefährlicher wird. Dieser Empfang im Rathaus trägt dazu bei, Bundeswehr und Militarismus in der Öffentlichkeit Raum zu geben und somit Krieg zu normalisieren. Krieg darf nicht zur Normalität werden und deshalb stehen wir heute mit unserem antimilitaristischen Protest hier.

Wir fordern:

**Stopp der Militarisierung der
Gesellschaft**

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr



Herausgeber: Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, v.i.S.d.P.:
Ekkehard Lentz, www.bremerfriedensforum.de, www.facebook.com/bremerfriedensforum

Wir empfehlen:

Widerspruch gegen die Weitergabe von Daten an die Bundeswehr

Jugendliche, die gerade volljährig werden, haben die Möglichkeit, gegen die Weitergabe von Daten an die Bundeswehr Widerspruch einzulegen. Das gilt bundesweit. Einmal jährlich übermitteln die deutschen Kommunen der Bundeswehr die Daten jedes deutschen Staatsangehörigen, der oder die demnächst volljährig wird. Die Bundeswehr erhält Daten, um damit Jugendlich anzuschreiben, um sie für den Dienst an der Waffe zu gewinnen. **Es ist möglich, gegen diese Datenweitergabe Widerspruch einzulegen.**

Wer im Jahr 2000 geboren ist und keine Datenübermittlung an die Bundeswehr wünscht, kann jetzt bei der Meldebehörde Widerspruch einlegen. **In Bremen kann das Formular heruntergeladen werden:**
http://buergerservice.bremen.de/sixcms/media.php/5/Datenuermittlungssperre_07_2012.pdf

Punkt 6 Widerspruch gegen die Datenübermittlung an das Bundesamt für Wehrverwaltung gemäß § 18 Absatz 7 ankreuzen!

